



Human Dimension Implementation Meeting, Warschau 2015
Erklärung der deutschen Delegation
Arbeitssitzung 1: Grundfreiheiten I, Meinungs-, Medien- und
Informationsfreiheit
21. September 2015

Der Vertreter der EU hat auch in unserem Namen gesprochen. Trotzdem möchte ich zwei Punkte noch einmal betonen: unsere starke Unterstützung für das Amt und die Arbeit der Beauftragten für Medienfreiheit; und dass Deutschland in seinem Vorsitz 2016 ebenfalls einen Schwerpunkt auf Medien- und Meinungsfreiheit legen wird.

In der jungen Bundesrepublik Deutschland waren die freien und kritischen Medien eine wichtige Treibkraft, um die Demokratie zu festigen und eine positive, stabile Entwicklung zu befördern. Mehr als einmal haben internationale und nationale Institutionen – vor allem, aber nicht nur das Bundesverfassungsgericht – dafür gesorgt, die Medien vor dem Zugriff des Staates zu schützen und ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu stärken.

Es war daher für uns eine Selbstverständlichkeit, das von Frau Mijatovic erwähnte Schreiben ernst zu nehmen. Bundesaußenminister Steinmeier hat den Brief am 18. August beantwortet und mitgeteilt, dass der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren gegen die Journalisten von „netzpolitik.org“ eingestellt hat.

Wie die Beauftragte für die Freiheit der Medien festgestellt hat – es gibt kein Land, in dem die Medienfreiheit nicht potentiell gefährdet wäre. Umso wichtiger sind starke Institutionen. Deutschland unterstützt daher das Mandat der Beauftragten für Medienfreiheit, das die Beobachtung der Medien- und Meinungsfreiheit einschließt, aber auch nationale rechtliche Entwicklungen und Einzelfälle in den Teilnehmerstaaten der OSZE umfasst. Insbesondere begrüßt Deutschland die professionelle und unparteiische Art und Weise, in der Dunja Mijatovic ihr Amt ausübt.